

SATZUNGEN

- über a) **die Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Bereich „Am Tonbach“ im Ortsteil Klosterreichenbach**
- über b) **die örtlichen Bauvorschriften zur Abrundungssatzung im Bereich „Am Tonbach“ im Ortsteil Klosterreichenbach**

Der Gemeinderat der Gemeinde Baiersbronn hat am 19.03.2002

- a) aufgrund des § 34 Abs. 4 des Baugesetzbuches – BauGB – vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) i.d.F. der letzten Änderung,
- b) aufgrund von § 74 Abs. 1, 3 und 7 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg – LBO – vom 08.08.1995 (GBl. S. 617)) i.d.F. der letzten Änderung,

i. V. mit § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg, in der zur Zeit gültigen Fassung, die Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Bereich „Am Tonbach“ im Ortsteil Klosterreichenbach, sowie die örtlichen Bauvorschriften zur Abrundungssatzung im Bereich „Am Tonbach“ im Ortsteil Klosterreichenbach, als Satzungen beschließen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der im Zusammenhang bebaute Ortsteil im Bereich „Am Tonbach“ in Baiersbronn, Ortsteil Klosterreichenbach wird abgerundet. Durch die Satzung werden die Grundstücke Flst.-Nrn. 146/2, 146/3, 146/4 und 147/2 in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einbezogen. Gleichzeitig wird für den gleichen Geltungsbereich eine Satzung über Örtliche Bauvorschriften zur Abrundungssatzung „Am Tonbach“ beschlossen.

§ 2

Bestandteile der Satzungen

- a) Für die Abrundungssatzung „Am Tonbach“ sind maßgebend:
- (1) der Auszug aus dem genehmigten Flächennutzungsplan vom 07.02.2002
 - (2) der Abgrenzungsplan mit zeichnerischen Festsetzungen und Gestaltungsvorschlägen M 1:1000 vom 07.02.2002
 - (3) die textlichen planungsrechtlichen Festsetzungen zur Abrundungssatzung vom 07.02.2002

Sie sind Bestandteil der Satzung über die Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Bereich „Am Tonbach“.

b) Für die örtlichen Bauvorschriften zur Abrundungssatzung „Am Tonbach“ sind maßgebend:

- (1) der gemeinsame Abgrenzungsplan zur Abrundungssatzung
„Am Tonbach“ vom 07.02.2002
- (2) die örtlichen Bauvorschriften zur
Abrundungssatzung „Am Tonbach“ vom 07.02.2002

Sie sind Bestandteil der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften zur Abrundungssatzung im Bereich „Am Tonbach“.

Beigefügt ist die gemeinsame Begründung vom 07.02.2002

Alle Unterlagen wurden gefertigt vom Büro Körber, Barton und Fahle in Freiburg

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzungen treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Baiersbrunn, den 25.03.2002

Beck
Bürgermeister



1 ANLAß, ZIEL UND ZWECK DER PLANUNG

Die Besitzerin des Grundstücks Flst.-Nr. 147/2 auf der Gemarkung Klosterreichenbach beantragte einen Bauvorbescheid, der mit Schreiben vom 06.10.2000 von der Baurechtsbehörde abgelehnt wurde. Zur Begründung führte die Baurechtsbehörde an, dass das Grundstück Flst.-Nr. 147/2 sich weder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils noch im Geltungsbereich eines Bebauungsplans befindet. Gegen den Bescheid legte die Grundstücksbesitzerin Widerspruch ein. Da die Gemeinde beschlossen hat Planungsrecht zu schaffen, ruht das Widerspruchsverfahren beim Regierungspräsidium.

Anlaß für den Erlass einer Satzung gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB für den Bereich „Am Tonbach“ im Ortsteil Klosterreichenbach der Gemeinde Baiersbronn sind zwei geplante Bauvorhaben im Außenbereich auf den Grundstücken Flst.-Nrn. 147/2 und 146/2 in unmittelbarer Nachbarschaft zum bestehenden und nach § 34 BauGB als Innenbereich zu beurteilenden Ortsteil Tonbach. Ziel ist, neben dem in diesem Bereich vorhandenen Wohngebäude (Flst.-Nr. 146/3) die Grundstücke Flst.-Nrn. 146/2, 146/4 und 147/2 in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einzubeziehen und somit eine klare Abgrenzung zwischen Außenbereich und Innenbereich festzulegen. Bezweckt wird die Schaffung von Baurecht auf den vorgenannten Grundstücken und damit die planungsrechtliche Vorbereitung der Errichtung von drei Wohngebäuden (Einfamilienhäusern) zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung.

2 PLANUNGSRECHTLICHE BEURTEILUNG

Der zwischen dem Tonbach und der Tonbachstraße gelegene Bereich befindet sich auf der Gemarkung der ehemals selbständigen Gemeinde Klosterreichenbach, die hier Anfang der 60er Jahre die Aufstellung eines Bebauungsplans beabsichtigte. Das vorhandene Gebäude auf dem Grundstück Flst.-Nr. 146/3 wurde 1964 aufgrund des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplans vorzeitig genehmigt. Der Bebauungsplan wurde danach jedoch verworfen, so daß für diesen Bereich kein Planungsrecht besteht, und er als im Außenbereich liegend angesehen werden muß.

Zwar ist dieser Bereich im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt, jedoch wurde diese Planungsabsicht noch nicht in Form einer Planung konkretisiert. Der Landschaftsplan empfiehlt, zur Schonung landschaftlicher Besonderheiten auf weitere Bebauung zu verzichten. Im Außenbereich kann ein Vorhaben jedoch nur zugelassen werden, wenn keine öffentlichen Belange beeinträchtigt sind. Nachdem also auch die Voraussetzungen für die Zulassung eines sonstigen Vorhabens im Außenbereich nicht gegeben waren, ist zur Schaffung von Planungsrecht nunmehr die Aufstellung eines Bebauungsplans oder alternativ einer Abrundungssatzung erforderlich.

Zunächst wurde überlegt, einen Bebauungsplan aufzustellen, der weitere Grundstücke auf der gegenüberliegenden Seite der Tonbachstraße, auf denen ähnlicher Klärungsbedarf der planungsrechtlichen Situation besteht, mit einbezogen hätte. Gleichzeitig hätte der Bebauungsplan die Möglichkeit einer weitergehenden inhaltlichen Regelungsdichte geboten.

Um möglichst schnell Baurecht zu schaffen hat sich der Gemeinderat entschlossen, das planungsrechtliche Instrument der Abrundungssatzung gem. § 34 (4) BauGB anzuwenden, durch das einige Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einbezogen werden können. In dieser Satzung dürfen jedoch nur einzelne planungsrechtlichen Regelungen getroffen werden, so dass das Baugesuch außer nach den in der Satzung getroffenen Festsetzungen ansonsten nach dem Erfordernis der Einfügung in die Eigenart der näheren Umgebung zu beurteilen ist.

Wie in der Anlage ersichtlich, ist der Bereich der Abrundungssatzung „Am Tonbach“ im gültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Baiersbronn als Wohnbaufläche dargestellt. Die Satzung ist daher als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt anzusehen.

3 VERFAHRENSABLAUF:

Gemäß § 34 (5) BauGB kann bei der Aufstellung von Abrundungssatzungen das vereinfachte Verfahren nach § 13 Nr. 2 und 3 BauGB zur Anwendung kommen. Auf das frühzeitige Beteiligungsverfahren wird daher verzichtet und den Betroffenen Bürgern und Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Offenlage gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

24.07.2001	<i>Gemeinderat:</i> Beschluß zur Aufstellung einer Abrundungssatzung „Am Tonbach“ auf der Gemarkung Klosterreichenbach.
25.09.2001	<i>Gemeinderat:</i> Billigung des Entwurfs und Beschluß der Offenlage.
30.10.2001- 30.11.2001	Verfahren nach § 3 (2) und § 4 (2) BauGB: Durchführung der Offenlage und Anhörung der Träger öffentlicher Belange
19.03.2002	<i>Gemeinderat:</i> Beschluß über die Anregungen und Bedenken aus der Offenlage und Beschluß der Satzung.

4 LAGE DES PLANGEBIETS

Das Plangebiet liegt vom Murgtal kommend am Eingang des Tonbachtals auf der Gemarkung Klosterreichenbach nordwestlich der Reichenbacher Höfe. Das Plangebiet wird im Norden und Osten vom Tonbach begrenzt, südlich schließt das Grundstück Flst.-Nr. 144/1 an und im Westen verläuft die Tonbachsstraße.

5 FESTSETZUNGEN ZUR ABRUNDUNGSSATZUNG

5.1 Art der baulichen Nutzung, Beschränkung der Wohnungszahl

Um gewerbliche Nutzungen auszuschließen und die Art der baulichen Nutzung entsprechend dem Umgebungscharakter festzusetzen, werden nur Wohngebäude in Form von Einzelhäusern mit den zugehörigen Garagen, Stellplätzen und Nebenanlagen zugelassen. Zu Verhinderung einer zu massiven ortsuntypischen Bebauung und zur Wahrung des ländlichen Charakters wurde die Obergrenze für die Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude auf maximal 2 festgesetzt.

5.2 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, Pflanzgebote

Da die Bauvorhaben sich in einer landschaftlich exponierten Lage befinden wird besonders auf die Einfügung der Gebäude in das Landschaftsbild geachtet. Zu diesem Zweck wurden im Abstand von 5,0 m zum Tonbach eine private Grünfläche festgesetzt, und festgelegt, dass die Uferbegleitvegetation entlang des Tonbach vollständig erhalten und gepflegt werden muß.

Begrünungsmaßnahmen auf den Grundstücken wurden in Form eines Pflanzgebotes von einem standortgerechten Baum und zwei heimischen Sträuchern je 400 m² Grundstücksfläche festgesetzt. Bei der Ermittlung des Flächenteilers wurde zum einen die Größe der

BEGRÜNDUNG

Seite 3 von 4

Grundstücke und die Tatsache, dass auf beiden Grundstücken entlang des Tonbachs durch die Uferbegleitvegetation bereits zahlreiche Bäume vorhanden sind, berücksichtigt.

Zur Rückhaltung von Niederschlagswasser, als Beitrag zur Grundwasserneubildung und nicht zuletzt zur Entlastung der Kanalisation wurde bestimmt, dass Wege- und Stellplatzflächen sowie deren Zufahrten in einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung (z.B. Pflaster mit Rasenfugen bzw. anderen wasserdurchlässigen Fugen, Schotterrassen, wassergebundene Decke) auszuführen sind.

Die beschriebenen Maßnahmen dienen neben der landschaftlichen Einbindung der Gebäude auch dem Ausgleich der durch die Errichtung von drei Wohngebäuden zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft.

5.3 Örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung

Um eine Beeinträchtigung des Ortsbildes zu vermeiden und eine ortstypische, dem ländlichen Charakter entsprechende Bauweise zu gewährleisten, wurden im Rahmen der Abrundungssatzung auch örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung der Fassaden, der Dächer, der Dachaufbauten und der Einfriedungen erlassen. Durch die Gestaltungsvorschriften soll sichergestellt werden, daß orts- und landschaftstypische Bauformen und Materialien verwendet werden und sich die Bauvorhaben in die Umgebung einfügen und somit ein Mindestmaß an Übereinstimmung des Orts- und Straßenbildes und eine harmonische Erscheinung der Dachlandschaft erreicht wird.

5.4 Hinweise

Aufgrund des direkt an den Grundstücken verlaufenden Tonbachs wurde ein Hinweis auf den im Innenbereich nach Wasserhaushaltsgesetz geltenden Gewässerrandstreifen und den damit verbundenen Restriktionen aufgenommen.

Aus Gründen des Bodenschutzes und der Abfallvermeidung wurden Hinweise hinsichtlich des Umgangs mit Erdaushub aufgenommen. Darüber hinaus sollen die zukünftigen Bauherren durch die Hinweise zum Umgang mit unbelastetem Niederschlagswasser angeregt werden, auf den privaten Grundstücken Zisternen und Regenwasserversickerungsmulden zu errichten, und so einen aktiven Beitrag zur Regenrückhaltung und zur Grundwasserneubildung zu leisten.

Sowohl die untere Wasserbehörde beim Landratsamt als auch die Gewässerdirektion Nördlicher Oberrhein haben erhebliche Bedenken gegen die Abrundungssatzung geltend gemacht, da sich Teile des Bauvorhabens im Überflutungsbereich des Tonbachs befanden. Die von der Gewässerdirektion vorgegebene Abgrenzung des Überflutungsbereichs wurde in die Planzeichnung übernommen. Die Gebäude wurden so verschoben, dass das Überflutungsbereich nicht tangiert wird. Zusätzlich wurde eine textliche Festsetzung aufgenommen, dass jede Art von Bebauung, Auffüllungen oder Nutzung als Abstellfläche innerhalb des Überschwemmungsgebietes nicht zulässig ist.

Die untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass der Tonbach, der direkt an die Abrundungssatzung angrenzt, ein nach § 24 a NatSchG ausgewiesenes Biotop ist. Darüber hinaus befindet sich dieses Gebiet sowie der Bereich auf der gegenüberliegenden Seite des Tonbachs im Bereich eines FFH-Gebietes (Fauna-Flora-Habitat). Auf die beiden Schutzvorschriften wurde in den Bebauungsvorschriften hingewiesen. Da die Abgrenzung der Schutzgebiete nicht über die im Plan eingetragenen privaten Grünflächen hinausgehen, ist kein Nutzungskonflikt gegeben.

BEGRÜNDUNG

Seite 4 von 4

Schließlich wurden auch die Hinweise des Strassenbauamtes aufgenommen, die Aussagen treffen über erforderliche Sichtfelder, den verkehrsgerechten Ausbau der Zufahrten, die Anschlüsse von Ver- und Entsorgungsleitungen und über Neuverlegungen.

6 FOLGEWIRKUNGEN

Die beabsichtigten Bauvorhaben sind mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar. Eine Bodenordnung wird nicht erforderlich. Folgewirkungen sind aufgrund der geringen Baumaßnahmen nicht zu erwarten.

Baiersbronn, den 5.4.02

Der Bürgermeister

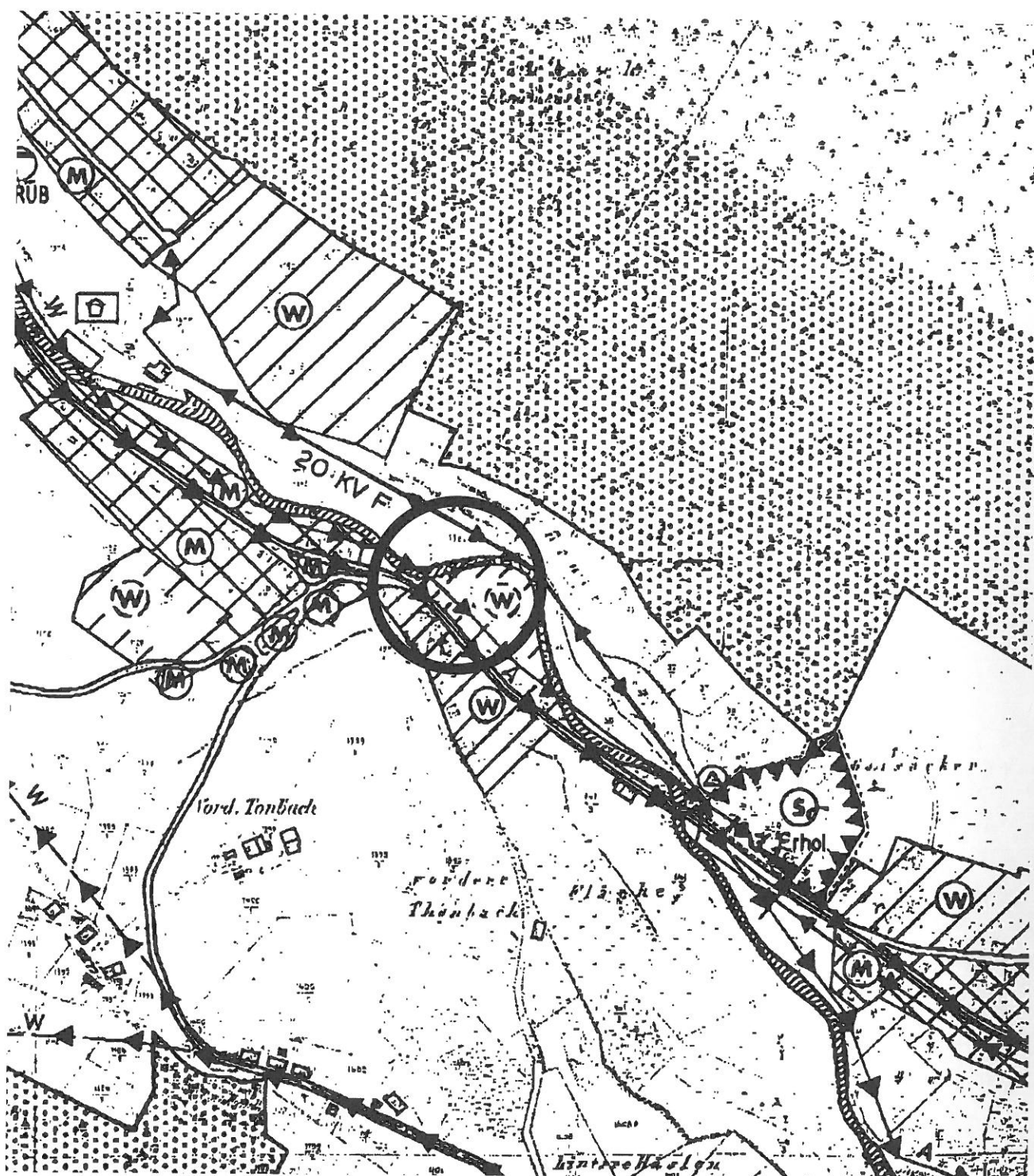


Architektur ■ Städtebau ■ Projektentwicklung
Freie Architekten · Freie Stadtplaner

Schwabenring 12 · D-79098 Freiburg
Tel 07 61/3 68 75-0 · Fax 07 61/3 68 75-17
info@kb-freiburg.de · www.kb-freiburg.de

Der Planverfasser

Körber
Barton
Fahle ■



Gemeinde Baiersbrunn
Landkreis Freudenstadt

Stand 07.02.2002
Auszug aus dem genehmigten
Flächennutzungsplan der Gemeinde
Baiersbrunn

Abrundungssatzung „Am Tonbach“

Anlage zur Satzung vom 19.03.2002

BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN

Seite 1 von 4

Ergänzend zum zeichnerischen Teil gelten folgende planungsrechtlichen Festsetzungen und örtliche Bauvorschriften :

1 PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) i.d.F. der letzten Änderung,
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) i.d.F. der letzten Änderung,
- Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

1.1 Art der Nutzung, Beschränkung der Anzahl der Wohnungen (§ 9 (1) NR. 1, 2 UND 6 BAUGB)

1.1.1 Auf den zur Abrundung einbezogenen Grundstücken ist nur die Errichtung von Wohngebäuden in Form von Einzelhäusern sowie von Garagen, Stellplätzen und Nebenanlagen i. S. Von § 14 (1) BauNVO zulässig.

1.1.2 Pro Wohngebäude sind maximal 2 Wohneinheiten zulässig.

1.2 Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von natur und Landschaft, Pflanzgebote (§ 9 (1) NR. 20 UND 25A BAUGB)

1.2.1 Die bestehende Uferbegleitvegetation entlang des Tonbachs ist in Ihrer Gesamtheit zu erhalten und dauerhaft zu pflegen.

1.2.2 Auf den Baugrundstücken ist je 400 m² Grundstücksfläche ein heimischer Obst- oder Laubbaum (z.B. Hainbuche, Erle, Ahorn, Apfel-, Kirschbaum) und zwei standortgerechte Sträucher (z.B. Hasel, Holunder, Schneeball) zu pflanzen.

1.2.3 Wege- und Stellplatzflächen sowie deren Zufahrten sind in einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung (z.B. Pflaster mit Rasenfugen bzw. anderen wasserdurchlässigen Fugen, Schotterrassen, wassergebundene Decke) auszuführen.

2 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (§ 74 LBO)

Rechtsgrundlage: § 74 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 08.08.1995 (GBl. S. 617) i. d. F. der letzten Änderung.

2.1 Fassadengestaltung

Fassadenverkleidungen sind nur in Putz, Stein oder Holz zulässig, als Ausnahme kann Metall oder Glas zugelassen werden. Sie müssen den ortstypischen Verkleidungen entsprechen.

2.2 Dachgestaltung

- Die Dächer der Haupt- und Nebengebäude sind mit einem Satteldach mit einer Dachneigung von 35 – 45° zu versehen.
- Die Dächer sind mit Ziegeln aus Ton oder Beton in roter bis brauner Tönung zu decken.
- Dachaufbauten sind als Schlepp- oder Satteldachgauben bis zur Hälfte der jeweiligen Gebäudelänge zulässig.
- Der Abstand der Dachaufbauten zum First muß mindestens 1,0 m, zur Giebelwand mindestens 2,5 m und zur Traufe mindestens 0,8 m betragen.
- Dacheinschnitte sind nicht zulässig.
- Dachflächenfenster sind nur bis zu einer Breite von 0,8 m zulässig.

2.3 Einfriedungen

- Entlang der öffentlichen Straßen sind Einfriedungen maximal bis zu einer Höhe von 0,8 m zulässig.
- Einfriedungen sind als Holzzaun mit senkrechter Lattung (sog. Staketenzaun) oder in Form von freiwachsenden Laubgehölzen auszuführen.
- Nicht zulässig sind Einfriedungen im Übergang zur freien Landschaft.

3 HINWEISE

3.1 Gewässerrandstreifen

Es wird darauf hingewiesen, daß im Innenbereich eine Fläche von 5,0 m ab Böschungsoberkante des Tonbachs als Gewässerrandstreifen zu betrachten ist. Im Gewässerrandstreifen entlang des Tonbachs ist der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. auch Lagerung) sowie die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind, nicht zulässig. Darüber hinaus dürfen im Gewässerrandstreifen keine Auffüllungen oder Abgrabungen vorgenommen werden.

3.2 Überflutungsbereich

Im nördlichen Teil des Plangebiets liegt ein Überflutungsbereich des Tonbachs. In den als Überflutungsbereich gekennzeichneten Flächen ist eine Bebauung oder anderweitige Veränderung des Geländes (z.B. jede Art von Auffüllungen oder Nutzung als Abstellfläche) nicht zulässig.

3.3 Hinweise des Strassenbauamtes

Aus Gründen der Verkehrssicherheit sind die beidseitigen Sichtfelder 5/70 m in den Zufahrtsbereichen zur K 4736 von jeglichen Sichthindernissen mit einer Höhe von > 0,70 m ab OK Bezugspunkt K 4736 freizuhalten (§ 25- StrG).

Die Zufahrt ist verkehrsgerecht anzulegen, vorhandene Hochbordsteine sind auf Kosten der Antragstellerin gegen Tiefbordsteine auszutauschen.

Die Anschlüsse von Ver- und Entsorgungsleitungen im Fahrbereich sind in den Baugesuchs – Unterlagen darzustellen.

Für evtl. Neuverlegungen im Bereich der Straßengrundstücksfläche ist das nach Straßengesetz für Baden-Württemberg erforderliche Benutzungsrecht unter Beifügung von Planunterlagen mit Angaben über Leitungsart, -führung, Rohrart, -durchmesser und Verlegetiefe beim Straßenbaulasträger zu beantragen.

3.4 Schutzgebiete/Biotope

- 3.4.1 Es wird darauf hingewiesen, dass der direkt an das Plangebiet angrenzende Tonbach als geschützter Biotop nach § 24a NatSchG mit der Biotop-Nr. 7416-237-1709 (Auwaldstreifen am Tonbach) ausgewiesen ist. Es handelt sich um ein Gebiet von lokaler Bedeutung.

Darüber hinaus ist der am Tonbach dem Plangebiet gegenüberliegende Bereich als Fauna-Flora-Habitat (7416-301 Obere Murg mit Seitentälern)) ausgewiesen.

3.5 Abfallwirtschaft

- Im Sinne einer Abfallvermeidung und -verwertung ist anzustreben, daß im Planungsgebiet ein Massenausgleich in der Weise erfolgt, daß der Baugrundaushub auf den Baugrundstücken verbleibt und darauf wieder eingebaut wird.

- Überschüssige Erdmassen sind anderweitig zu verwerten (z.B. für Lärmschutzmaßnahmen, Dämme von Verkehrswegen, Beseitigung von Landschaftsschäden oder durch Dritte über eine Erdaushubbörse). Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen.

3.6 Umgang mit unbelastetem Niederschlagswasser

- Zur Rückhaltung und Nutzung (Gartenbewässerung) von Niederschlagswasser auf den privaten Grundstücken wird empfohlen Zisternen zu errichten. Diese sollten so dimensioniert sein, dass je 50 m² Dachfläche 1,0 m³ Fassungsvermögen zur Verfügung steht.
- Zusätzlich oder anstelle von Zisternen sollten Versickerungsmulden für die breitflächige Versickerung von unbelastetem Niederschlagswasser über die belebte Bodenschicht (kein Sickerschacht) angelegt werden. Hierbei sollte ein Volumen von ca. 10 m³ vorgehalten werden. Die Versickerungsmulden sind mit einem Überlauf in den Tonbach oder auf angrenzende unbebaute Flächen zu versehen, sofern Dritte hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Die Maßnahmen der Regenwasserversickerung sind im Entwässerungsgesuch nachzuweisen.

Ausgefertigt:

Baiersbronn, den 5.4.02

[Handwritten Signature]
Der Bürgermeister



Architektur ■ Städtebau ■ Projektentwicklung
Freie Architekten · Freie Stadtplaner

Schwabentorring 12 · D-79098 Freiburg
Tel 07 61/3 68 75-0 · Fax 07 61/3 68 75-17
info@kb-freiburg.de · www.kb-freiburg.de

[Handwritten Signature]
Der Planverfasser

Körber
Barton
Fahle ■



GEMEINDE BAIERSBRONN

Abrundungssatzung

„Am Tonbach“ in Baiersbronn - Klosterreichenbach

Verfahrensvermerke


Die Aufstellung wurde am 22.05.2001 vom Gemeinderat beschlossen.

Die Aufstellung und die frühzeitige Bürgerbeteiligung wurde am 19.10.2001 im amtlichen Nachrichtenblatt „Murgtalbote“, Jahrgangs-Nr.: 1221/2001 bekanntgemacht.

Der Planentwurf lag vom 30.10.2001 bis 30.11.2001 öffentlich aus.

Die Satzung über die Abrundungssatzung wurde vom Gemeinderat am 19.03.2002 beschlossen.

Ausgefertigt: Baiersbronn, den 05.04.2002



Beck
Bürgermeister



Mit der ortsüblichen Bekanntmachung vom 19.04.02 im amtlichen Nachrichtenblatt „Murgtalbote“ Jahrgangs-Nr.: 1245/2002 wurde die Abrundungssatzung rechtsverbindlich.

Diese Abschrift stimmt mit der Planurkunde überein.

Bürgermeisteramt Baiersbronn, den 19.04.02


Beck
Bürgermeister

